

Beschlußempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 12/1005 —

Bericht der Bundesregierung über die mittelfristige Bau- und Investitionsplanung im Bereich der deutschen Schulen im Ausland

A. Problem

Mit Beschluß vom 7. März 1990 hatte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, dem Deutschen Bundestag eine mittelfristige Investitionsplanung vorzulegen.

Deutsche Schulen im Ausland sind keine Anstalten der Bundesrepublik Deutschland oder eines Bundeslandes. In der Regel handelt es sich um private Schulen nach dem Recht des Sitzlandes.

B. Lösung

An deutschen Auslandsschulen sollen durch geeignete Baumaßnahmen die erforderlichen äußeren Rahmenbedingungen für den Unterricht geschaffen oder verbessert werden.

Verabschiedung mit großer Mehrheit

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Berücksichtigung in einer zunächst mittelfristigen Planung im Bundeshaushalt Einzelplan 05 Kapitel 05 04.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Zum Bericht der Bundesregierung über die mittelfristige Bau- und Investitionsplanung im Bereich der deutschen Schulen im Ausland — Drucksache 12/1005 — nimmt der Deutsche Bundestag folgende EntschlieÙung an:

Der Deutsche Bundestag

1. bekräftigt seinen Beschluß vom 7. März 1990 — Drucksache 11/6478 —, indem er noch einmal auf die Bedeutung und Leistung deutscher Schulen im Ausland als eines der wichtigsten Instrumente der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik gerade auch im Hinblick auf die politischen Veränderungen in Mittelost- und Osteuropa verweist;
2. nimmt die vorgelegte Bau- und Investitionsplanung zur Kenntnis;
3. stellt fest, daß durch die für 1992 vorgesehenen und für 1993 bis 1995 geplanten Baumaßnahmen dem Beschluß vom 7. März 1990, den Bedarfsstau von Schulbaumaßnahmen in deutschen Auslandsschulen abzubauen, nicht Rechnung getragen werden konnte;
4. stellt ferner fest, daß der Aufforderung des Deutschen Bundestages vom 7. März 1990, das zu langwierige mehrjährige Planungs- und Genehmigungsverfahren zu ändern, zu straffen, um kürzere Fristen und größere Beweglichkeit für die Durchführung der Baumaßnahmen zu gewährleisten, nicht Folge geleistet werden konnte. Unter Erneuerung seines Beschlusses wird die Bundesregierung aufgefordert, entsprechende Vorschläge bis zum 31. Dezember 1992 dem Deutschen Bundestag vorzulegen;
5. beurteilt unter Hinweis auf seine Feststellung, daß der Bau deutscher Auslandsschulen ... erheblichen Einfluß auf die Einschätzung der Bundesrepublik Deutschland im Ausland hat (Nummer 9 Abs. 2 des Beschlusses vom 7. März 1990), die in der Drucksache 12/1005 vorgelegte Planung wie folgt:

Maßnahmen 1991

Deutsche Schule Valencia

Obwohl vom Schulträger ein möglichst frühzeitiger Baubeginn für notwendig erachtet wird, sind weder 1991 noch 1992 Mittel im Haushalt vorgesehen. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, in den Haushalt 1993 die schon für 1991 vorgesehene 1. Rate von 1,5 Mio. DM einzustellen.

Maßnahmen 1992

Deutsche Schule Moskau

Die Bundesregierung wird aufgefordert, noch vor der Verabschiedung des Haushalts 1993 die Kosten für den tatsächlichen Aufwand der Sanierung der von der ehemaligen DDR übernommenen Gebäude dem Bundestag vorzulegen und die Finanzierung der dringendsten Unterhaltungsmaßnahmen noch in diesem Jahr sicherzustellen.

Maßnahmen ab 1993*1. Deutsche Schule Kapstadt*

Wegen der Bedeutung der Aufnahme nichtweißer Schüler in Schule und Schülerheim im Zusammenhang mit den politischen Veränderungen in der Republik Südafrika wird die Bundesregierung aufgefordert, zügig die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um einen Baubeginn im Jahr 1993 sicherzustellen.

2. Deutsche Schule Johannesburg

Mit Befriedigung wird festgestellt, daß der wegen der Aufnahme nichtweißer Schüler erforderliche Erweiterungsbau inzwischen genehmigt und ein entsprechender Zuschuß zugesagt worden ist. Wegen der angesichts der Zunahme der Schülerzahl seit langem viel zu kleinen Turnhalle wird die Bundesregierung aufgefordert, einen entsprechenden Erweiterungsbau spätestens 1994 sicherzustellen.

3. Deutsche Schule Budapest

Die Bundesregierung wird aufgefordert, über den Stand der Verhandlungen und Absprachen mit der ungarischen Regierung umgehend zu berichten.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die für die Investition bereitgestellten Mittel (VE 1995) unverzüglich umzusetzen.

Maßnahmen ab 1994*1. Deutsche Schule Windhuk*

Wegen der erheblichen Steigerung der Zahl nichtweißer Schüler — insbesondere durch die Aufnahme der aus der ehemaligen DDR nach Namibia zurückgeführten Kinder — wird die Bundesregierung aufgefordert, umgehend Lösungsvorschläge für die dringend erforderliche bauliche Erweiterung zu erarbeiten und dem Deutschen Bundestag bis zum 31. Dezember 1992 vorzulegen.

2. Deutsche Schule Washington

Da das gegenwärtige Provisorium nicht länger tragbar ist, wird die Bundesregierung aufgefordert, den Beginn des vorgesehenen Neubaus spätestens 1994 sicherzustellen.

Maßnahmen für 1995 ff.*Deutsche Schule Santiago*

Im Hinblick auf die hohe Eigenleistung des Schulträgers (7,7 Mio. DM) dieser vorbildlichen deutsch-chilenischen Begegnungsschule wird die Bundesregierung aufgefordert, die Errichtung der notwendigen Außensportanlagen sowie der Aula für das Jahr 1994 durch Bereitstellung entsprechender Mittel im Haushalt 1994 sicherzustellen.

Bonn, den 12. Oktober 1992

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Hans Stercken
Vorsitzender

Dr. Dorothee Wilms
Berichterstatte(r)innen

Dr. Cornelia von Teichman

Freimut Duve
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Dorothee Wilms, Dr. Cornelia von Teichman und Freimut Duve

Mit Drucksache 12/1122 ist gemäß § 80 Abs. 3, §§ 92 und 93 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages als Unterrichtung durch die Bundesregierung der „Bericht der Bundesregierung über die mittelfristige Bau- und Investitionsplanung im Bereich der deutschen Schulen im Ausland“ — Drucksache 12/1005 — dem Auswärtigen Ausschuß federführend und zur Mitberatung dem Ausschuß für Bildung und Wissenschaft sowie dem Haushaltsausschuß überwiesen worden.

Der federführende Auswärtige Ausschuß hat seinen Unterausschuß für Auswärtige Kulturpolitik beauftragt, ihm eine gutachtliche Stellungnahme zu geben.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung vom 9. Oktober 1991 den Bericht der Bundesregierung einvernehmlich bei Abwesenheit der Vertreter der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS/Linke Liste zur Kenntnis genommen; der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft hat in seiner Sitzung vom 16. Oktober 1991 den Bericht einstimmig zur Kenntnis genommen, dem federführenden Ausschuß jedoch gleichzeitig empfohlen, die Bundesregierung aufzufordern, ihre Aktivitäten für die Errichtung deutscher Schulen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Südosteuropa zu verstärken.

Der Unterausschuß für Auswärtige Kulturpolitik des Auswärtigen Ausschusses hat in seiner 7. Sitzung

am 12. Februar 1992 den Bericht der Bundesregierung — Drucksache 12/1005 — beraten und einstimmig dem Auswärtigen Ausschuß empfohlen, einen von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. ausgearbeiteten Entschließungsantrag, der auf Veranlassung des Unterausschusses formuliert und als Stellungnahme zu dem Bericht der Bundesregierung vorgelegt wurde, zu unterstützen.

Der federführende Auswärtige Ausschuß, der die Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 12/1005 — „Bericht der Bundesregierung über die mittelfristige Bau- und Investitionsplanung im Bereich der deutschen Schulen im Ausland“ in seiner 29. Sitzung am 11. März 1992 behandelte, hat die Stellungnahme mit geringfügigen Änderungen mit großer Mehrheit gebilligt und legt sie in dieser überarbeiteten Fassung dem Deutschen Bundestag als Beschlußempfehlung vor. Die Bundesregierung hat dem Auswärtigen Ausschuß, der unter Erneuerung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 7. März 1990 Vorschläge bis zum 31. Dezember 1992 angefordert hat, die baldige Vorlage eines Berichts über die Umsetzung der Entschließung des Deutschen Bundestages zugesagt. Diese Unterrichtung der Bundesregierung ist dem Deutschen Bundestag inzwischen zugeleitet worden.

Bonn, den 12. Oktober 1992

Dr. Dorothee Wilms
Berichterstatte(r)innen

Dr. Cornelia von Teichman

Freimut Duve
Berichterstatte(r)